

Mit kühlem Kopf gegen die Erderwärmung

Das Pariser Klimaschutzabkommen gilt als Paradebeispiel für „soft diplomacy“. Ein Ausstieg der USA kann den historischen, auf Vorbildwirkung bauenden Pakt nun in beträchtliche Schiefelage bringen.

FRAGE & ANTWORT: Florian Niederndorfer

Frage: Was wurde im Pariser Klimaschutzabkommen festgeschrieben?

Antwort: Im Dezember 2015 setzten sich die Staats- und Regierungschefs von 195 Ländern, darunter US-Präsident Barack Obama, das historische Ziel, die Erderwärmung durch den Treibhausgasausstoß auf „deutlich unter zwei Grad“ im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Gemäß der 1994 in Kraft getretenen Klimarahmenkonvention von Rio de Janeiro darf der Ausstoß der Treibhausgase nur so weit steigen, dass sich „die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können“ und „die Nahrungsmittelherstellung nicht gefährdet wird“. Die meisten Experten gehen davon aus, dass diese Grenze eben bei einem Temperaturanstieg von durchschnittlich 1,5 bis zwei Grad liegt.

Elf Monate nach seiner Unterzeichnung trat das Abkommen in Kraft, wenige Tage danach wurde Donald Trump, der im Wahlkampf den Vertrag als „schlecht fürs Geschäft“ gescholten hatte, zum 45. Präsidenten der USA gewählt.

Frage: Wie bindend ist es?

Antwort: Der Pakt ist ein klassisches Beispiel für „soft diplomacy“. Die Staaten haben sich flexible Ziele gesetzt, die sich je nach konjunktureller oder politischer Wetterlage ändern können – und deren Erreichen nicht bindend ist.

Es gibt keine Strafen für Länder, die nicht mithalten können oder aus dem Abkommen aussteigen. Jede Regierung hat einen individuellen Plan vorgelegt, anhand dessen sie den Ausstoß der Treibhausgase zu verringern gedenkt. Bei regelmäßigen Treffen soll über Fortschritte berichtet werden. Durch diplomatischen Druck und die Vorbildwirkung großer Industriestaaten, so die Idee, sollten die Länder die Pläne umsetzen und die selbstgesteckten Ziele erreichen. Die USA haben sich verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2025 um 26 bis 28 Prozent unter das Niveau von 2005 zu drücken. Dazu will man

bis 2020 drei Milliarden Dollar Hilfe an ärmere Länder überweisen, damit diese einfacher ihre Klimaziele erreichen können.

Kritikern geht der Plan freilich nicht weit genug. Forscher des renommierten britischen Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment haben unlängst aber herausgefunden, dass das Abkommen schon jetzt dutzende Länder dazu veranlasst hat, neue Gesetze zum Klimaschutz zu verabschieden.

Frage: Wie kann ein Ausstieg der USA vonstattengehen?

Antwort: Trump stehen zwei Exit-Strategien zur Verfügung. Eine führt über den formalen Ausstiegsmechanismus des Abkommens, der vier Jahre in Anspruch nimmt. Washington könnte aber schon vor Ablauf dieser Frist die Fortschrittsgespräche boykottieren. Die USA fänden sich dann in Gesellschaft von Syrien und Nica-

ragua wieder, bis dato die einzigen Länder, die sich dem Pariser Deal verweigern. Trump könnte sein Land aber auch gleich aus der 1992 beschlossenen UN-Klimarahmenkonvention führen. Dann würden die USA auch nicht mehr an den jährlichen Klimagipfeln wie jenem in Paris 2015 teilnehmen. Eine zukünftige US-Regierung könnte dem Abkommen allerdings jederzeit wieder beitreten.

Frage: Was bedeutet ein Ausstieg für die Klimaschutzbemühungen der USA?

Antwort: Der Ausstoß von Treibhausgasen wird in den USA wohl auch ohne Paris-Deal sinken. Einerseits verfolgen große Bundesstaaten wie Kalifornien und New York ohnehin eigene Klimaschutzprogramme, etwa in Bezug auf Kraftwerke und Pkws. Erneuerbare Energie wird dort auch weiterhin langsam, aber stetig den alten Kohlekraftwerken den Rang ablaufen. Experten gehen davon aus, dass die USA bis 2025 zwischen 15 und 19 Prozent weniger Treibhausgase ausstoßen werden als noch 2005.

Ein Ausstieg der USA kann aber vor allem für die Motivation anderer Länder fatale Folgen haben, in puncto Klimaschutz konsequent vorzugehen – Stichwort „soft diplomacy“. Vom Klimawandel besonders betroffene Länder wie die Philippinen und Indonesien, die mit den zugesagten US-Hilfen kalkulieren, droht noch größeres Ungemach.

Und die Rolle Chinas, dem aktuell größten Treibhausgasproduzenten, wird ohne die USA künftig noch bedeutender.



Foto: AP/Ansa / Angelo Carconi

Anlässlich des G7-Gipfels im benachbarten Taormina machten Ende vergangener Woche Greenpeace-Aktivisten am Strand von Giardini-Naxos auf die Verantwortung der USA beim Klimawandel aufmerksam.

CHRONOLOGIE

Langer Weg zur Absichtserklärung

■ **1972 Stockholm** Die Welt befasst sich bei einer UN-Konferenz erstmals intensiv mit dem Thema Umwelt. Der Weltumwelttag wird für den 5. Juni festgesetzt.

■ **1992 Rio** Es wird konkreter. Industriestaaten sollen laut UN-Konvention ihren Treibhausgas-Ausstoß auf das Niveau von 1990 fixieren.

■ **1995 Berlin** Auf dieser Basis startet die erste UN-Klimakonferenz. Die damalige deutsche Umweltministerin Angela Merkel bezeichnet Rio nur als „ersten Schritt“.

■ **1997 Kioto** Im Kioto-Protokoll wird festgelegt, wie weit Industriestaaten ihren Treibhausgas-Ausstoß bis 2012 zurückfahren sollen. Im Schnitt sind es fünf Prozent.

■ **2000 Den Haag** Es kommt zu keiner weiteren Einigung. Die USA – unter dem neu gewählten Präsidenten George W. Bush – steigen aus dem Protokoll-Prozess aus.

■ **2001 Bonn** Neuer Anlauf in Deutschland: Das Kioto-Protokoll wird ohne USA verhandelt. 2005 tritt es in Kraft.

■ **2007 Bali** Schwellenländer werden aufgerufen, beim Klimaschutz mitzuziehen.

■ **2009 Kopenhagen** Es kommt zu keiner Einigung.

■ **2010 Cancún** erstmals wird die Zwei-Grad-Grenze als Maßstab anerkannt.

■ **2015 Paris** Bei der COP 21 wird eine Nachfolgevereinbarung des Kioto-Protokolls verabschiedet. (july)